



## Pressemitteilung

2026-01-27

### **„Es braucht keine ‚Sozialreförmchen‘, sondern echte Strukturreformen“**

Landrätin Baier-Müller bemängelt geplante Sozialreform des Bundes

Die von Bundesarbeitsministerin Bärbel Bas (SPD) angekündigten Pläne für einen umfassenden Umbau des Sozialstaats stoßen bei Landrätin Indra Baier-Müller auf deutliche Kritik. Die von einer Fachkommission vorgeschlagene Zusammenlegung von Bürgergeld, Wohngeld und Kinderzuschlag zu einer neuen „Grundsicherung“ hält die Landrätin für nicht ausreichend.

„Die Vorschläge greifen aus meiner Sicht deutlich zu kurz. Es braucht keine ‚Sozialreförmchen‘, bei denen Leistungen neu sortiert und digital gebündelt werden, während die eigentlichen Probleme ungelöst bleiben“, erklärt Baier-Müller.

Stattdessen fordert die Landrätin, die auch Bezirksrätin ist, grundlegende Reformen dort, wo der Handlungsdruck besonders hoch ist: „Was wir dringend brauchen, sind tiefgreifende Reformen in der Pflege und bei der Eingliederungshilfe. Die Landkreise erleben täglich, dass Pflegebedürftige, Angehörige und Kommunen an ihre Grenzen stoßen – personell, finanziell und organisatorisch.“

Auch die geplanten Verschärfungen bei Sanktionen und der stärkere Datenaustausch zwischen Behörden greifen aus ihrer Sicht zu kurz. „Natürlich müssen Fehlanreize und Missbrauch konsequent angegangen werden. Aber der Fokus darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass unser Sozialstaat vor allem finanziell unter strukturellen Überlastungen leidet – etwa durch steigende Kosten bei der Wiedereingliederung.“

Im Oberallgäu, so die Landrätin, seien die Folgen bundespolitischer Entscheidungen unmittelbar spürbar. „Die Landkreise und Bezirke setzen um und finanzieren, was in Berlin beschlossen wird. Wenn Reformen nicht an der richtigen Stelle angesetzt werden und somit auch nicht wirklich entlasten, bleibt die eigentliche Belastung vor Ort bestehen.“

Baier-Müller fordert daher einen klaren Kurswechsel: „Ein digitaler Sozialstaat ist sinnvoll. Aber Digitalisierung ersetzt keine echten Reformen. Wer den Sozialstaat zukunftsfähig machen will, muss die Realität in den Kommunen ernst nehmen und die großen Baustellen endlich anpacken.“